

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreise: Einzelnummer 25 Pf. Durch Austräger 1,40 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat. Politische Konto: Nr. 23885 „Sozialistischer Verlag s. G. m. b. H.“, Breslau. Fernsprechn.-Anschluss: Ring Nr. 3837.

Donnerstag, 17. März 1921

Anzeigenpreise: Die 8 Spalten 100 Meterzeile oder deren Raum 6,80 Mk., auswärts 9,00 Mk. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 0,40 Mk. Reklame: Die 10 Meterzeile, 3 Spalten oder deren Raum im Text 3,- Mk.

L.-S.-W.-Arbeiter und „Oculus“.

Die neue Stinnesgarde. — Wie das Unternehmertum die Arbeitslosigkeit bekämpft.

Die SPD. hatte am Dienstag die Arbeiter der L.-S.-W. zu einer Betriebsversammlung einberufen, um noch einmal zu dem provozierenden Spießdienst, wie er in den L.-S.-W. organisiert wird, Stellung zu nehmen. Die Versammlung war gut besucht, sehr gut besucht, wenn man in Betracht zieht, daß die „Volksmacht“, die SPD.-Führer und Gewerkschaftsbürokraten in jahrelanger systematischer Arbeit als Soldatendeckelung des Kapitals mit ihrer Arbeitsgemeinschaftspolitik und gemeinen Demagogie gegen jeden ehrlichen Revolutionären verstanden haben, jeden Gedanken des Klassenkampfes in den Köpfen der Breslauer Arbeiterklasse zu vernichten.

Schlecht war die Versammlung besucht, wenn man beachtet, daß in den L.-S.-W. über 8000 Proletarier tagaus tagein dem Kapital ihren Tribut geben, daß diese 8000 Proletarier kein anderes Interesse haben können, als das Joch der Lohnsklaverei durch den Sturz der kapitalistischen Ausbeutung zu beseitigen, wenn man beachtet, daß 8000 Proletarier eine Macht sind, wenn sie Klassenbewußt handeln. Die SPD.-Politiker und Gewerkschaftsverkäufer und der übertriebene Ablagerungsplatz ihrer gegenrevolutionären Propaganda, die „Volksmacht“, können stolz sein auf ihr Werk, jedes Klassenbewußtsein in den Proletariaten, den Ausgebeuteten und Opfern der bürgerlichen Gesellschaft, erlöset zu haben.

Es ist kein Zufall, daß man die Gewerkschaften bei der Jubiläumfeier der L.-S.-W. hochleben ließ, daß man Betriebsräte und Gewerkschaftsvertreter besoffen machte. Die Gewerkschaften, die in der Vorkriegszeit Klassenkampforganisationen waren und darum auch als solche in ständigem Kampfe mit der Bourgeoisie standen, sind während des Krieges durch den Verrat der Führer, indem sie mit den fetten, massenmordenden Bourgeois Burgfrieden schlossen, seit der Revolution durch das Einsparnen in die Arbeitsgemeinschaft mit den Kapitalisten zur Abwürgung der Revolution, wirklich das geworden, daß die Bourgeois alle Ursache haben, die Gewerkschaften hochleben zu lassen, dem willigen Diener weiteres Blühen, Wachsen und Gedeihen zu wünschen.

Arbeiter, Proletarier der L.-S.-W.! Stellt Euch das vor. Früher wurden eure Organisationen bekämpft mit allen Mitteln und Schikanen, man hatte das Sozialistengesetz geschaffen, um euch wirtschaftlich wie politisch am Boden zu halten, ihr mühtet um eure Anerkennung kämpfen. Damals habt ihr Kämpfe geführt. Heute lassen die sich von eurer Arbeit mächtenden Bourgeois eure Organisationen hochleben, laden eure „berufenen“ Vertreter zu sich, feiern mit ihnen Feste und machen sie besoffen nicht nur mit Wein, der aus eurer Arbeit heraus „gewirtschaftet“ wurde, sondern noch viel mehr mit Redensarten.

Während dieser Seelenverkauf, dieser neue Verrat geschieht, hebt man euch, Arbeiter und Angehörige, die Kampfire der bürgerlichen Gesellschaft, die Spieß, Ortschaftsführer und Provokateure auf den Hals. Man schiebt unter dem Vorwand, arbeitslos, entlassene Offiziere beschäftigen zu wollen, die Beauftragten der Gegenrevolution in eure Reihen, um Ermahnungsanstalten zu treiben. Unter dem Vorwand, Diebstahl und Unregelmäßigkeiten zu überwachen, stellt man konterrevolutionäre Offiziere hinter euren Rücken, um euch zu Unregelmäßigkeiten zu provozieren, euch zu Diebstählen zu verleiten, um damit eine Handhabe zu schaffen, umbelebte, rebellierende Arbeiter auf die Straße zu werfen.

Die Gewerkschaftsführer, die „Volksmacht“ haben nichts zu dieser neuen Organisation der Bourgeoisie zu sagen. Sie sind viel zu sehr beschäftigt mit dem Kampf gegen die Kommunisten. Sie haben sich verkauft und können und wollen nichts gegen die Bourgeoisie tun. Ihr müht selbst handeln, verlaßt euch nicht auf die Vertreter eurer Interessen. Handelt wie die Ransfelder Bergarbeiter, die in ermüdetem Zusammenstehen gegen den Willen der Gewerkschaftsbürokraten es erreicht haben, daß die dort eingerichtete Betriebspolizei beseitigt und aufgelöst wurde.

Die am Dienstag abend versammelten Arbeiter der L.-S.-W. beschloffen folgende Resolution:

„Die am 16. März 1921 in den „Central-Balkalen“ tagende Versammlung der L.-S.-W. Arbeiter fordert von den Betriebsräten die sofortige Einberufung einer Betriebsversammlung. Sie erwidert in der Betriebsversammlung eine Verhöhnung und Verunsicherung der gesamten Arbeiterklasse. Sie fordert die unverzügliche Entlassung der Angehörigen und Abbrechung der Beziehungen zu der Spießgarde „Oculus“. Im Weiterungsfalle würden die Arbeiter vor den schärfsten Mitteln nicht zurückweichen.“

Arbeiter, Angestellte der L.-S.-W.!

Sorgt dafür, daß eure Wille getan wird, daß die Resolution keine Resolution bleibt. Ihr könnt es euch nicht gefallen lassen, daß die Draht ihre Schergen euch in den Betrieben auf den Hals heft.

Was das wahre Wesen dieser „Beschäftigung arbeitsloser Offiziere“ ist, bewirkt folgender Prospekt der Niederschlesischen Bewachungsgesellschaft m. b. H., Düsseldorf, die als ihr Ziel Schutz der Industrie gegen Einbruch, Diebstahl, Sabotage bezeichnet. Auf dem Titelbild ist im Zweifarbenbrud ein bewaffneter Riese abgebildet, der sein Schwert und seine Lanze über den in einer Fabrik arbeitenden Lohnsklaven hält. In dem Prospekt heißt es:

„Bewachung und Ueberwachung industrieller Werke und Anlagen. — Vollständige Einrichtung und Organisation von Werks-, Polizei- und Feuerwachen. — Bewachung, Beaufsichtigung und Begleitung von Kohlentransporten usw. — Bewachung von Lagern, Neubauten, Bauplätzen, Montagen u. dergl.“

Die hauptsächlichsten Vorzüge unserer Bewachung gegenüber der Bewachung durch Werksangestellte sind:

1. Vollständige Unabhängigkeit unserer Bewachungsmannschaften von der Werksbelegschaft, daher bei Streiks der Belegschaft kein Streiken unserer Beamten, insfolgedessen auch bei allen Streiks durchaus zuverlässigen Schutz des Werkes gegen Einbruch, Diebstahl, Sabotage.
2. Vollständige Unabhängigkeit unserer Bewachungsmannschaften vom Betriebsrat des Werkes, insfolgedessen keine Beeinflussung unserer Beamten zugunsten der Arbeiterschaft.
3. Keine Kameradschaft, keine Solidarität unserer Bewachungsmannschaften mit der Belegschaft, daher
4. energisches rücksichtsloses Durchgreifen unserer Bewachungsmannschaften in allen Fällen von Diebstählen und Unregelmäßigkeiten und sofortige ausführliche schriftliche Meldung über jeden Vorfall.
5. Gesunde, kräftige, gut bewaffnete Beamte, vorzüglich diszipliniert, auf befehlsmäßig, durchaus zuverlässig. Zumest ehemalige Offiziere.
6. Geregelte Dienstverteilung für unsere Bewachungsmannschaften durch unsere Betriebsleitung, daher Entlastung der Betriebsleitung und Garantie für tadelloses Funktionieren des Bewachungsdienstes.
7. Geregelte Ersatzstellung für unsere Bewachungsmannschaften an den freien Tagen, bei Urlaub und Erkrankung; Vertretung in diesen Fällen durch ausgebildetes erfahrenes Personal.
8. Reibungsloser Austausch nicht jugendlicher Beamten durch uns, ohne Rücksichtnahme auf den Betriebsrat des Werkes.
9. Schärfste Kontrolle unserer Bewachungsmannschaften durch eigens ausgebildete Kontrollorgane, ehemalige Offiziere, die auf Grund langer Betriebsverfahrungen den Bewachungsmannschaften in allen Fällen wirksam zur Hand gehen.
10. Keine Lohnabrechnung mit unseren Beamten, daher auch hier Entlastung der Lohnbuchhaltung des Werkes und nur einmalige Zahlung im Monat an uns.

Dieser Prospekt spricht für sich selbst. Hier soll vom Unternehmertum der ungeheuerliche Versuch gemacht werden, den Arbeitern, denen auf dem Papier alle demokratischen Rechte gewährt sind, auch noch die letzten kümmerlichen Rechte, die der verfallende Kapitalismus ihnen hat lassen müssen, zu entwinden. Sie sollen im Betriebe bewacht werden von Banden verrohter, bestochener Söldlinge des Kapitals, deren Einstellung und Löhnung sich ihrer Kontrolle vollständig entzieht, meist ehemaliger Offiziere, die im Niederkauf der Arbeiter Uebung haben, und die wiederum wie die Sklaven, die sie sind, bewacht werden, damit sich ja nicht Solidaritätsgedühle für die Arbeiter in ihnen regen.

Dieser Bewachungsdienst soll zugleich eine Methode sein, entlassene Offiziere auf nützliche Art unterzubringen. So bekämpft die Bourgeoisie die Arbeitslosigkeit — bei den Offizieren. Die Arbeitslosigkeit bei den Arbeitern wird dadurch noch mehr gesteigert. Jeder Mißliebige, jeder von der Bewachungsbande denunziert fliegt auf die Straße, jeder Kampf um die Befreiung der Arbeitsbedingungen soll im Keime erstickt werden. Die politischen Rechte des Betriebsrats werden mit Füßen getreten. Diesen schamlosen Anschlag auf ihre Rechte muß die Arbeiterklasse vereiteln. Ist die Bourgeoisie durch den wirtschaftlichen Befall und die Widerergutmachung gezwungen, die äußersten Mittel zur Verflüchtung der Arbeiterklasse anzuwenden, so ist die Arbeiterklasse gezwungen, sich gegen diese Bergewaltigung mit den äußersten Mitteln zur Wehr zu setzen.

Der ADGB hat zehn Forderungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erhoben. Er hat bisher keinen Finger gerührt, um sie durchzusetzen. Was wird er tun gegen diese neue unerhörte Bergewaltigung der Arbeiterschaft?

Die Arbeiter müssen den Kampf gegen die Verflüchtung, den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit aufnehmen und die Gewerkschaften, die sich mit dem Kunde selbst zur Notwendigkeit dieses Kampfes bekannt haben, zu seiner Durchführung zwingen.

Der Kampf um die Gewerkschaften.

Die Reichskonferenz der kommunistischen Metallarbeiter liegt dem Vorstand des DMB. sehr schwer im Magen. Er hatte vor dem Stattfinden vor der Besichtigung gewarnt und seine Bezirksleiter angewiesen, den Teilnehmern den Ausschluß anzudrohen. Die rechtssozialistische und unabhängige Tagespresse arbeitete im gleichen Sinne. Trotzdem war die Konferenz auffallend gut besucht und verhandelte in breiter Öffentlichkeit und zeigte eine Ruhe, Sicherheit und Festigkeit, wie sie selten bei Konferenzen zu finden sind. Sehr bringt die Metallarbeiter-Zeitung in ihrer Nummer vom 12. März einen langen Artikel von Robert Ditzmann mit der Ueberschrift „Ein offenes Wort in erster Stunde“, durch den die Lage in den Gewerkschaften und der Kampf gegen die Kommunisten beleuchtet wird.

Robert Ditzmann schließt seinen Artikel mit den Worten: „Wir achten die eheliche Uebertragung eines jeden Kollegen, wie sie auch sei. Doch die Meinungsverschiedenheiten müssen sachlich ausgetragen werden, sonst geht die Organisation zu Grunde und das lassen wir nicht zu.“

Der übrige Inhalt des drei Spalten langen Artikels steht leider mit diesem letzten Satz in schärfstem Widerspruch. Alle längst als Lügen entlarvten Behauptungen gegen die Kommunisten werden von neuem aufgetragen und die bestehenden grundsätzlichen Differenzen, die heute in der Arbeiterbewegung zum Austrag gebracht werden müssen, verschleiert und entstellt den Lesern aufgetischt; wobei Robert Ditzmann auch einige kleine bewusste Fälschungen vornimmt, auf die später besonders eingegangen werden soll. Krampfhaft versucht Ditzmann nachzuweisen, daß die Kommunisten das Versammlungslieben vergiffen und die Gewerkschaften spalten wollen, um dann folgende Drohung auszustoßen: „Der Vorstand muß und wird entsprechend handeln. Ein längeres Zusehen gegenüber diesem die Organisation verwundenden, in ihrer Schlagkraft lähmenden Treiben wäre ein Verbrechen an der Organisation. Allzu groß ist bereits der Schaden, der von jener Seite angerichtet wurde. Der Schauplatz so mancher „wilden Aktion“ des letzten Jahres, die zerrütteten Organisationsverhältnisse diverser Verwaltungstellen legen davon herabes Zeugnis ab.“

Ditzmann und die Mehrheit des Vorstandes des DMB. haben es bei dieser Drohung nicht bewenden lassen, sondern sind zur Tat geschritten, indem sie das Vorstandsmitglied Max Müller ausschloffen, weil er an der Konferenz teilgenommen hat, und gegen eine Anzahl anderer Konferenzteilnehmer haben sie gleichfalls das Ausschlußverfahren eingeleitet. Ein anderes „organisationschädigendes Treiben“ als die Teilnahme an der Konferenz konnte den Ausschloffenen nicht nachgewiesen werden. Damit beweisen Ditzmann und Genossen, daß sie keine Achtung vor der Ueberzeugung Andersdenkender haben und sie die Meinungsfreiheit unterdrücken wollen.

Wie es heute um der „Meinungsfreiheit“ und der Achtung vor der ehelichen Ueberzeugung Andersdenkender innerhalb der Gewerkschaften aussieht, das hat der Vorstand des ADGB. bewiesen. In einem Schreiben vom 7. 2. 21 an das Ortskartell Lübtzen schreibt der ADGB. folgendes:

„Ihr Protest gegen diejenigen Zentralverbände, die sich gegen die kommunistischen Querstreben in ihren Organisationen zur Wehr setzen, gibt uns Veranlassung, Sie drängen zu weiterem Zuhilfenahme zu mahnen. Die Maßnahmen der Zentralverbände unterliegen nicht der Kritik der einzelnen Ortsausweise, und darum geht es nicht an, daß Sie zu ihren Maßnahmen Stellung nehmen!“

In einem Schreiben des ADGB. an das Ortskartell Halle wird folgende Forderung den neu zu wählenden Delegierten unterbreitet:

„Sobald diese Wahlen (zum Ortskartell) abgeschlossen sind, werden die gewählten Vertreter einen neuen Vorstand zu wählen haben, der uns gegenüber die Verpflichtung zu übernehmen hat, daß er die Geschäfte nur nach den Satzungen und Kommandoweisungen führt und keinerlei Propaganda gegen die Internationale in Ampferdam zu Gunsten der Moskauer Internationale macht.“

Das ist die Achtung vor der ehelichen Ueberzeugung Andersdenkender! Robert Ditzmann bringt nicht nur diese Haltung des ADGB., sondern er hat ihn zu seinen Maßnahmen angeklagt.

Wir haben des öfteren nachgewiesen, daß der Kampf um die Gewerkschaften, der von den Kommunisten geführt wird, ein Teil des gewaltigen Kampfes um die proletarische Revolution ist. Die Gewerkschaftsbürokraten von Ditzmann bis Wepart haben monatelang versucht, diese Taten nachzulernen. Ihr Bespre über die „verbrecherischen Pläne, das Werkzeug der Moskauer Diktatur“ verliert immer mehr an Wirkung auf die breiten Massen der Gewerkschaftsmitglieder.

Die Massen erkennen immer mehr, daß die Kommunisten eine Weltanschauung vertreten, und zwar keine neue, sondern die von Karl Marx wissenschaftlich begründete. Die

Gewerkschaftsbürokraten versuchen, diese Weltanschauung mit Lügen und Verleumdungen zu bekämpfen. Sie vermöchten im ersten Augenblick die Masse zu täuschen und irre zu führen, jetzt verlieren sie den Boden, ihre Argumente lösen sich in ihre Bestandteile auf, die Masse wird mißtrauisch gegen sie. Sie selbst verlieren den Halt, schwanken und zögern, um sich schließlich zu einer brutalen Maßnahme zu entschließen, wodurch sie sich erst recht entlarven. Für diese Entwicklung sind die Maßnahmen der Gewerkschaftsbürokraten, der Artikel Robert Dismanns und die Reichskonferenz der kommunistischen Metallarbeiter symptomatische Beweise. Dort ein Schwanken, Zögern, Verlusken und Verleumdungen und hier bei den Kommunisten Ruhe, Festigkeit, Klarlegung der Ziele in aller Offenbarkeit.

Der Metallarbeiter-Verband, die stärkste Organisation der Welt, nimmt innerhalb der Gewerkschaften eine besondere Stellung ein. Bereits während des Krieges, als in allen Verbänden unter dem Druck des Belagerungszustandes und der Politik der Gewerkschaftsführer jede freie Bewegung unterdrückt wurde, sprengte der revolutionäre Teil der Metallarbeiter diese Fesseln und bereitete den Sturz der Gewerkschaftsführer um Alexander Schlicke vor. Wer jenen Kampf miterlebte, an dem Robert Dismann aktiv teilnahm, der erkannte, daß die Revolutionierung des DRB nur etappenweise möglich ist. Damals zeigte sich schon, daß Robert Dismann mit seinem Anhang nur einen Personenwechsel, nicht aber einen Wechsel des Systems und der Kampfmethoden erstrebte. Aber schneller, als alle glaubten, wird die „Kara Dismann“ überwunden werden. Er hat selbst dazu beigetragen, indem er die praktischen Konsequenzen aus seiner grundsätzlichen Auffassung gezogen hat, die ja dieselbe war und ist, wie diejenige Schlickes.

Jetzt sieht Robert Dismann das Erkarten der kommunistischen Bewegung im Metallarbeiter-Verband. Er sieht die Zusammenfassung der kommunistischen Kräfte nach dem Muster, das er einstmalig lehrte. Er erkennt die Kraft der kommunistischen Bewegung, die sich in der imposanten Reichskonferenz der kommunistischen Metallarbeiter offenbarte, und er weiß keinen anderen Ausweg, als den der Gewalt. Darüber kann er, der niemals ein Wort verlegen ist, auch nicht hinwegtäuschen, wenn er in dem erwähnten Artikel schreibt: „Für mein Tun und Handeln bin ich selbstverständlich gleich allen anderen Verbandsfunktionären der gesamten Mitgliedschaft Rechenschaft schuldig. Ich freue mich mit meinen Vorstandskollegen auf den Tag, wo wir der nächsten Verbandsgeneralversammlung der Organisation Rechenschaft ablegen können.“ Warum dann der Ausschluß der Kommunisten? Warum veröffentlicht Dismann nicht die sich täglich häufenden Akten, die das „unverantwortliche Treiben“ der Kommunisten beleuchten, die er nach seiner Behauptung besitzt? Es sind Worte und Phrasen, die den Kontrast seiner Politik verbergen sollen. Nun, wir glauben, daß die deutschen Metallarbeiter den Worten die Taten gegenüberstellen werden. Wir glauben, daß sie auf der nächsten Berlin-Generalversammlung, die zum Schreck aller Dismannianer im Herbst dieses Jahres stattfinden muß, die richtige Antwort geben.

Politische Uebersicht.

Die Abjuration des Rheinlandes.

Der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ wird aus Genf gemeldet:

Die neuen Zollmaßnahmen im Rheinlande sollen nach Verzicht der Kaiserliche am 15. März in Kraft treten. Nach dem Beschluß des Obersten Rates wird die Zollgrenze mit der gegenwärtigen Zollgrenze zusammenfallen. Es werden 150 alliierte Zollstationen errichtet werden, deren Aufgabe es jedoch lediglich sein wird, den Schuttschlag zu verhindern und den Warenverkehr den deutschen Zollposten zuzuleiten. Die gegenwärtig bestehenden 29 deutschen Zollstationen in den hauptsächlichsten rheinischen Städten sollen am weitaus W. reduziert werden.

Wie bereits gemeldet, wird die Ausfuhr aus dem Rheinlande um einen gewissen Prozentsatz unterworfen werden. Dagegen sollen die aus dem Ausland in die Rheinlande eingeführten Waren dem deutschen Zolltarif unterliegen, der in drei Stufen zur Anwendung gebracht werden soll. Zunächst sollen 25 Prozent, später 50 Prozent und nach Ablauf einiger Monate 100 Prozent der deutschen Zollsätze erhoben werden. Durch dieses schrittweise Vorgehen will man nach Möglichkeit eine Schädigung des rheinischen Wirtschaftslebens vermeiden.

Das Ergebnis dieser neuen Zollsätze zusammen mit der Beschlagnahme der Zölle an der französisch-belgischen Grenze wird nach dem „Matin“ auf jährlich 125 bis 150 Millionen Goldmark geschätzt. Es wird bemerkt, daß es zu gering betrachtet wird, bezichtigt, wie bereits gemeldet, die Rheinländer, auch andere öffentliche Einnahmen des Rheinlandes zu ergreifen, wodurch angeblich ein Betrag von 450 bis 500 Millionen Goldmark jährlich der Reichsbesoldung zugute kommen könnten. Besonders wichtige Bedeutung verleiht man sich jedoch von der Befreiung der Rheinschiffe, die die durch Frankreich und Rußland herangehenden Kohlenmengen auf jährlich 25 Millionen Tonnen geschätzt werden. Entweder diese Zunahme werden fortgesetzt und die Rheinschiffe haben es in der Hand, über die Politik nach Belieben zu verfügen, oder die Zollposten werden unterbrochen, und dann mag, wenn die Hoffnungen der Rheinschiffe in Erfüllung gehen, eine allgemeine Verdrängung des deutschen Kohlenhandels eintreten.

Hier ist es besonders gefährlich, wie die Entente ihre würgende Hand an der Kehle der deutschen Wirtschaft hält, wie sie durch die Befreiung der Rheinischen Kohlenenergiegewinnung wenigstens einige Milliarden herauspressen kann. Es hat sich aber auch schon gezeigt, wie die deutsche Bourgeoisie der Aufrechterhaltung durch die Entente zu begegnen gedenkt: indem sie sich für die Aufrechterhaltung des Reich, also durch die Masse der Konsumenten entschuldigen läßt, wie sie bereits zu neuen Betriebsunterbrechungen schreibt, um die Höhe soweit zu heben, die Preise soweit steigern zu können, daß sie denselben oder noch größeren Beschäftigung wie vorher.

Arbeiterklasse kann dem allen nicht gehorchen; und trotz allem. Es geht um ihr Leben, um das letzte Stück Brot, das ihr der verfallende Kapitalismus noch gelassen hat. Sie wird auch nicht satt durch Proteste gegen die Verwerfung durch die Entente, die nur der deutschen Bourgeoisie willkommene Hilfe beim weiteren Schwand am die Hand des deutschen Proletariats liefern.

Selbst muß sie sich wehren, selbst zur Tat schreiten, indem sie im Kampf um ihr Leben, im Kampf um ihr tägliches Brot die Bourgeoisie niederkniet, indem sie über die Bourgeoisie hinweg den Rettungsweg an der Seite Sowjetrußlands beschreitet.

Die feindlichen Brüder.

Das Zammerschmelzen der deutschen Rechtssozialisten über das Verhalten der belgischen Regierungsozialisten, die kein Wort gegen die Sanktionen fanden, hat in Brüssel bei den Führern der zweiten „Internationalen“, den Vandervelde und Konforten, durchaus kein Verständnis gefunden. Das Zentralorgan der belgischen Sozialpatrioten, der „Peuple“, schweigend sich beharrlich aus und nur „hinten herum“ erfahren die P.P.R. „aus führenden Kreisen“ der Belgier, daß diese gewillt sind, in Belgien nach wie vor dieselbe Politik zu betreiben, wie — die Rechtssozialisten in Deutschland. Es heißt da:

Die belgische Arbeiterpartei und die sozialistischen Minister haben sich niemals für die Sanktionen ausgesprochen. Aber gerade die deutsche Mehrheitssozialdemokratie (!) wird leicht begreifen, daß ein Kabinett, in dem die Sozialdemokratie nur die Minorität der Minister stellt, nicht rein sozialistische Politik treibt. Ebenso ist es klar, daß Belgien unmöglich gegen Sanktionen Widerstand leisten kann, wenn England sich auf der ganzen Linie mit den Forderungen Frankreichs einverstanden erklärt hat. Die deutschen Sozialdemokraten müssen das Vertrauen zu den belgischen Sozialdemokraten und ihren Ministern haben, daß sie ihre sozialistischen Pflichten niemals vergessen. Gerade in der Frage der Sanktionen können die belgischen Sozialisten das, was sie getan haben, mit gutem Gewissen vertreten. Ohne die belgische Sozialdemokratie wären heute wahrscheinlich nicht bloß Düssel, Duisburg und Ruhrort belebt, sondern zweifellos das ganze Ruhrrevier. Die belgische Sozialdemokratie wird auch weiter im Rahmen ihres Einflusses und ihrer Möglichkeiten gegen die Anwendung von Gewalt und für die Völkerverständigung arbeiten.

Die rechtssozialistischen Parteien der belgischen Bourgeoisie haben sich also nicht „für“, aber auch nicht gegen die Sanktionen ausgesprochen, genau wie die rechtssozialistischen Parteien der deutschen Bourgeoisie sich seinerzeit nicht für, aber auch nicht gegen den Schandfrieden von West-Berlin ausgesprochen. Das deutsche Proletariat kennt die Weise und kennt den Text, kennt die verächtlichen Verfasser!

Aber es kommt noch besser. Im „Peuple“ fordert ein belgischer Rechtssozialist die deutschen Sozialdemokraten auf, sich doch endlich „zum Verständnis ihrer Pflichten“ aufzuraffen. Sie sollten „männliche Taten“ zeigen im Kampfe gegen die Konterrevolution. Und pathetisch ruft der belgische Kollege Stampfers aus:

„Welch raslose und grobhartige Schlacht würden wir liefern, wenn wir an ihrer Stelle wären.“

Da liegt der Hase im Pfeffer! Die Deutschen wiederum schreiben: „Welche raslose Schlacht gegen die belgische Regierung würden wir in Belgien liefern.“ Das ist die zweite Internationale, das ist der Geist des 4. August, das ist die Politik des Regierungsozialismus, das ist auch die Politik der Internationale 2 1/2, die es genau so macht. Auf den Gedanken, daß die belgischen Sozialisten die deutsche Regierung und die belgischen die belgische Regierung bekämpfen könnten, darauf wird ein braver Sozialpatriot niemals kommen. So antwortet denn auch der „Vorwärts“ auf die belgische Erklärung nur mit einem verlegenen Stammeln und — freudig, eine Antwort veranlaßt zu haben, die zur Klärung beitragen wird.“ Ja, sie wird zur Klärung beitragen, sie wird manchen rechtssozialistischen Arbeiter zum Nachdenken über das Wesen des Regierungsozialismus bringen — und das ist immerhin ein Erfolg.

Die Befreiung im Industriegebiet.

Unser Korrespondent schreibt uns aus Düsseldorf: Die meisten Bewohner der befreiten Gebiete bemerken von der Ententeaktion nur etwas aus dem wenig veränderten Straßenbild. Vereinzelt zeigen sich fremde Uniformen, und Anschläge geben kund von dem neuen Herrn. Sonst blieb das öffentliche Leben bisher ganz unverändert. Die Proklamationen allerdings sagen an: Belagerungszustand, Verkehrsbeschränkungen, Eingriffe in das Versammlungsrecht, Pressezensur usw. Aber nur auf dem Papier — als Demonstration der neuen Autorität. Nichts von den Aufzündigungen wurde vernichtet. Nur eine Anordnung erging an die Presse — nichts über Truppenbewegungen, nichts gegen die Truppen zu schreiben. Aus dem Verhalten der Kommandanten und aus Aussagen kann man folgende Rückschlüsse ziehen: Die Entente glaubt nicht an finanzielle Erfolge aus ihrer Aktion; auch rechnet sie wohl nicht mit einer langen Dauer der Befreiung. Aber man will moralische Eroberungen machen. Die Bevölkerung soll möglichst garnicht belästigt werden. Man wünscht, daß die Arbeiter den Eindruck gewinnen: „Das will man nicht bedrücken, die Maßnahme richtet sich nur gegen die Kapitalisten.“ Das ist die Politik des „friedlichen“ Durchdringens.

Die Klassenbewegte Arbeiterklasse läßt sich damit nicht imponieren. Für sie ist der Ententemilitarismus und Kapitalismus genau der gleiche Feind wie die gleiche Gesellschaft in deutscher Uniform unter schwarz-weiß-roter Flagge. Es gibt für sie nur einen Feind: den Kapitalismus, nur einen Feind: die Revolution, das Bündnis mit Sowjetrußland!

Der Weisheit letzter Schluß.

Der „Vorwärts“ beschäftigt sich mit dem Vorstoß von Stinnes gegen Simon. In den Vorwärtigen der Ideenlosigkeit, Fahrlässigkeit, Planlosigkeit stimmt er mit Stinnes überein. Aber die Sozialdemokratie wird sich nicht dazu geben, eine Regierungskrise zu provozieren und damit die politischen und sonstigen Geschäfte des Herrn Stinnes zu befragen. Sie jetzt das Fortwärtigen der Jagdmänner der Befreiung der Jagdmänner zuzugucken der „harten Männer“ der härtesten Richter vor.“

Gar zu gut. Aber wer hat es ermöglicht, daß die wuchernden Jagdmänner aus Rußland kamen? Wer weigert sich auch jetzt, den Karren aus dem Dreck zu ziehen und bereitet so die Befreiung der Jagdmänner durch die „harten Männer“ der härtesten Richter vor? Die Sozialdemokratie.

Und welche Mittel will die Sozialdemokratie den Gelüsten der „harten Männer“ entgegensetzen? Der „Vorwärts“ sagt:

„Freilich, auf die Dauer wird dieser Zustand des Fortwärtigen unhaltbar sein. Dann wird es vielleicht an der Zeit sein, das Volk zu befragen, ob es seine Dummheit vom 6. Juni 1920 einsieht, die zu den Zuständen geführt hat, die Herr Stinnes in so trefflichen Ausdrücken wie „Fahrlässigkeit“, „Planlosigkeit“, „Ideenlosigkeit“ charakterisierte.“

Also — Neuwahlen. Das ist der Weisheit letzter Schluß bei den Rechtssozialisten. Durch Neuwahlen wollen sie die Konterrevolution aus dem Felde schlagen. Sie haben noch immer nicht begriffen, daß das Ergebnis des 6. Juni keine „Dummheit“ war, sondern der Ausbruch der Tatsache, daß die Konterrevolution sie aus dem Felde geschlagen hatte. Sie haben durch die erhaltene Prügel nichts gelernt. Aber die Arbeiter haben durch die Schläge der Konterrevolution gelernt, daß sie ihr etwas anderes als Neuwahlen entgegenzusetzen müssen.

Das mysteriöse Attentat.

Zur Ermittlung der sonderbaren Unbekannten, die die lange Zündschnur auf der Berliner Siegessäule anzündeten und der grünen Sicherheitspolizei Gelegenheit zum Erwerb der Rettungsmedaille gaben, sind jetzt 50 000 Mark Belohnung ausgesetzt worden. In dem ganzen sensationellen Brimborium, das um die Göllegeschichte gemacht wurde, bleibt als Kernpunkt nur die tendenziöse Verleumdung einer gewissen Presse bestehen, daß Ausländer oder Kommunisten (!) die Täter seien, von denen man noch gar keine Spur hat. — Hier spreizt sich wieder Blödsinn und politische Gemeinheit!

Bayern bleibt fest.

Weil sich die bayrischen Orgeschleute von der deutschen Regierung nichts mehr sagen lassen, lassen sie ihren Ministerpräsidenten Kahr um so lauter reden. So erklärte er am Sonntag bei einer gegenrevolutionären Kundgebung, die in München vor der Feldherrnhalle stattfand, zu einer Abordnung, er werde den geraden Weg gehen auch in der Entwaffnungsfrage und sich durch keine Gefahr irremachen lassen. Wir wissen längst, daß die weißen Garden in Bayern marschbereit sind, sich durch die Gefahr des Bürgerkrieges nicht irremachen zu lassen und durch ein Meer von Blut den geraden Weg zur Monarchie suchen. Welchen Illusionen sie sich dabei über die Kraft des Proletariats hingeben, geht schon aus ihren lustigen Hoffnungen hervor, die sie sich zurzeit auch hinsichtlich Rußlands infolge der Kronstädter Unruhen machen. Sie diskutieren bereits die russische Regentenschaftsfrage und nennen neben dem Großfürsten Kyryll und dem Großfürsten Nikolajewitsch eine deutsche Prinzessin als Anwärterin auf den Thron der Romanows. Die Bolschewisten werden gewiß freiwillig zu ihren Gunsten abtanzen.

Ausland.

Der Bürgerkrieg in England.

Paris, 14. März. Nach einer „Tamps“-Meldung aus Dublin wurden heute früh sechs zum Tode verurteilte Sinnfeiner gehängt. Vor dem Gefängnis hatte sich eine Menschenmenge von etwa 25 000 Personen versammelt. Bis 12 Uhr ruhte die gesamte Arbeit zum Zeichen der Trauer.

Konterrevolutionäre Stimmungsmache.

Wolff meldet heute aus Riga, daß sich im Raume von Smolensk, Witebsk, Mohilew 18 bis 20 russische Divisionen mit weißrussischen und polnischen Heerestruppen, die mit schwerer und leichter Artillerie ausgerüstet seien, sowie 6 oder 8 Kavalleriedivisionen zu einem Vorstoß gegen Wilna versammelten. Gleichzeitig verbreiten die antibolschewistischen Telegraphenagenturen wieder Nachrichten über eine Hinauszögerung der russisch-polnischen Friedensverhandlungen, die auf Schuld der russischen Unterhändler zurückzuführen sein sollen, während die Polen angeblich bereit als je sind, den Frieden sogleich zu unterzeichnen.

Der Zweck dieser Nachrichten ist klar. Sie sind ebenso frei erfunden wie die Lügenkampagne über die Revolten in Rußland, welche scheinbar auf diese neuesten Nachrichten mit vorbereitet haben. Hier geschieht nichts anderes als Stimmungsmache für einen neuen Krieg, den zu führen für die Imperialisten jetzt der Augenblick günstig erscheint. Hände weg von Sowjetrußland!

Das englische Proletariat muß einen neuen Krieg verhindern!

„Daily Herald“ schreibt: Das französische Proletariat ist auf dem Marsch, und wenn man die Franzosen angeht, läßt sich es nicht mit Deutschland und Krieg mit Rußland geben. Es gelang den Franzosen, Lloyd George mit sich fortzuführen. Aber Lloyd George ist nicht das englische Volk. Kriege können zwar von einzelnen Personen begonnen, sie können jedoch nicht ohne Zustimmung der Völker geführt werden. Die britische Arbeiterklasse kann den selbstmörderischen Bahnhum eines neuen Krieges verhindern. Sie hat den Krieg im letzten August verhindert und sie muß ihn auch in diesem Frühjahr verhindern.

Weiter schreibt im „Daily Herald“ Hermann Kugel, der Mißerfolg der bisher angewandten Sanktionen werde die notwendige Entschuldig für weitere ähnliche Maßnahmen liefern, und der französische Imperialismus werde triumvirieren, bis die Revolution ins ein Ende macht. „Daily Herald“ bringt auch eine Anekdote des Präsidenten der britischen Bank für auswärtigen Handel Crisp, welcher erklärte, daß durch die Anschaffung Rußlands und die Steigerung des

Samen mitteleuropäischen Handels die britische Handelsindustrie und Schifffahrt schweren Schaden gelitten habe. Durch die jetzt eingeleiteten Zwangsmassnahmen gegen Deutschland werde sich aber die Handelskrise in England in so unheilvoller Weise verschärfen, daß England in sechs Monaten eine schwere Krise erleben wird. Die Folgen davon werden in erster Linie die britischen Arbeiter zu tragen haben. Ein Wiederaufleben des englischen Handels wird durch die Sanktionen verhindert und die englischen Banken werden schwere Verluste erleiden.

Vor einer neuen Bergarbeiterbewegung in England.

Smillies Rücktritt.

Vor einigen Tagen wurde der Rücktritt des Vorsitzenden des britischen Bergarbeiterverbandes, Robert Smillie, „aus Gesundheitsrücksichten“ mitgeteilt. Jetzt wird der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ gebräutet:

„Wie die „Frankfurter Zeitung“ aus London meldet, ist der Rücktritt des Vorsitzenden des britischen Bergarbeiterverbandes, Smillies, endgültig. Dadurch verschärft sich die Lage hinsichtlich der Differenzen zwischen den Bergarbeitern und der Regierung wesentlich.“

Hieraus geht klar hervor, daß Smillie gehen mußte, weil die Bergarbeiter seine Politik der verräterischen Kompromisse, ihrer Auslieferung an das Grubenkapital, nicht länger dulden wollten. Auch in England, der Hochburg der Zweiten und Amsterdamer Internationale, beginnt die Stellung der reaktionären Gewerkschaftsführer zu wanken.

Angst vor „extremen Elementen“ unter den englischen Bergarbeitern.

Die Delegierten der Vereinigten britischen Grubengewerkschaften haben sich gestern mittag zu einer Sitzung versammelt, um die am Mittwoch vom Vollzugsausschuß ausgearbeiteten Vorschläge anzuhören und zu besprechen. Im Mittelpunkt der Beratungen stand der Regierungsbeschluß, schon in drei Wochen auf die Kontrolle der Bergwerke verzichten zu wollen. Der Verfassungsausschuß der Arbeiter und der Arbeitgeber für Festsetzung einer neuen Lohnskala zu keinem Ergebnis geführt hatten. Es wurde beschlossen, neue Vorschläge auszuarbeiten, um zu einer Einigung zu gelangen. Die ganze Bewegung der Bergleute ist von großer Bedeutung für das englische Wirtschaftsleben. Wenn sich die Verhandlungen zerbrechen sollten, so könnten die extremen Elemente die Oberhand gewinnen und dies würde den Streit bedeuten.

Das Gesetz, das die Regierung für Ende dieses Monats vorbereitet, wonach die Kontrolle über die Gruben durch den Staat aufgehoben werden soll, widerspricht dem Abkommen aus dem letzten Streit, mit welchem Bergarbeitervertreter und Regierung sich geeinigt hatten, daß die Kontrolle erst aufzuheben wäre nach einer festen Regelung des Einkommens der Bergarbeiter. In der gegenwärtigen Wirtschaftskrise Englands bedeutet die Aufhebung der Regierungskontrolle nach der Ansicht des „Daily Herald“, daß eine weitere Million Arbeiter von den Unternehmern auf die Straße geworfen würden.

Internationales.

Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in der Tschecho-Slowakei.

(Privattelegramm der „Schl. s. Arb.-Ztg.“).

Reichenbach, 14. März. Der Parteitag wurde am Sonntag vormittag durch Kreibitz eröffnet. Als Gäste waren anwesend: Schmeral und Stalal von der tschechischen Partei, Wenzel Gula und Neumann von der Slowakei, als Vertreter der Sozialistischen Arbeiterpartei Karpathorublands Josef Garby, von der kommunistischen Partei Österreichs Josef Strasser, von der Vereinigten kommunistischen Partei Deutschlands Stöcker.

Strasser begrüßte als erster den Parteitag. Nach ihm sprach Stalal. Er sprach sich nicht deutlich für die Dritte Internationale aus, sondern ließ in seinem Referat durchblicken, daß zwischen ihm und Winstan noch Unterschiede beständen. Genosse Stur sprach sich energisch für die baldige Gründung der internationalen Partei aus. Als Vertreter der sozialistischen Legionäre ist Genosse Dr. Polad erschienen. Seine Worte sind von besonderer Bedeutung. Er führt aus, daß es notwendig ist, eine einheitliche Front des gesamten Proletariats aller Nationen für den Kommunismus zu schaffen. „Wir Legionäre der Republik bekennen uns mit Stolz zur Dritten Internationale.“ Genosse Neumann von den kommunistischen Gruppen spricht scharf gegen die schwächliche Haltung gewisser Elemente der tschechischen Partei und kritisiert damit die Haltung Schmerals und Genossen. Genosse Garby spricht im Namen der Proletarier Karpathorublands. Genosse Stein von der Poale Zion spricht im Namen der jüdischen Proletarier und Hall für die Jugend.

Nach diesen Begrüßungsansprüchen nimmt Genosse Kreibitz das Wort zu seinem Referat: „Die Weltkrise des Kapitalismus und die Dritte Internationale.“

Die Bekehrung der französischen Syndikalisten zum kommunistischen Gedanken.

„La Vie Ouvrière“, das Organ der revolutionären Gewerkschaften Frankreichs, veröffentlicht mehrere bemerkenswerte Äußerungen ehemaliger Syndikalisten, die jetzt Mitglieder der kommunistischen Partei sind. Continsouzas vom revolutionären Gewerkschaftskomitee in Doulogne hebt hervor, daß eine Periode straffer Diktatur des Proletariats sich nicht vermeiden lasse. Und zur Enttäuschung und Durchführung dieser Diktatur sei die politische kommunistische Partei erforderlich. Im selben Sinn spricht sich Constant

ein Führer der Gewerkschaftler des Bogensegebietes, aus. Die Abneigung weiter Kreise des französischen Proletariats gegen die politische Aktion und die politische Partei war begreiflich zu einer Zeit, wo das Sozialverderbtum die politischen Organisationen der Arbeiterklasse beherrschte. Gegenwärtig finden jedoch in allen Ländern die ehrlich revolutionär fühlenden früheren Syndikalisten den Weg zur großen kommunistischen Bewegung.

Aus der Partei.

Zu unserm gestern erschienenen Berichte von der am 9. März stattgefundenen Bezirksauswahlung ist noch zu bemerken, daß die Bezirksleitung beschlossen hat, während der Dauer der Verhaftung des Genossen Klein, dem Genossen Ziegler neben dem gewerkschaftlichen Sekretariat auch das politische zu übertragen.

Gewerkschaftliches.

An alle Kameraden im Bergarbeiterverband Deutschlands!

Werte Kollegen und Kameraden!

Der Verbandsvorstand hat seine Drohung, ihm mißliebige Kollegen aus dem Verband auszuschließen, begonnen durchzuführen. Die ersten Opfer der Willkür des Verbandsvorstandes sind wir Unterzeichneten, weil wir uns unsere politische Ueberzeugung nicht rauben lassen konnten, weil wir entgegen dem Befehl des Hauptvorstandes uns an Parteiverksammlungen beteiligt haben, ist unser Ausschluß erfolgt. Wir haben hiergegen protestiert. Wir betrachten uns nach wie vor als Mitglieder des Verbandes; dem wir, so lange wir in seinen Reihen stehen, treu bleiben werden und für den wir in vorderster Reihe kämpfen.

Kameraden! Wir wissen, daß eine große Zahl unserer Kollegen mit den Beschlüssen des Hauptvorstandes nicht einverstanden ist, wir wissen aber auch, daß der Politik desselben nicht so Einhalt geboten werden kann, wie dies von vielen Kameraden gewünscht wird. Eine große Anzahl unserer Kameraden hat sich mit uns solidarisch erklärt, sie wollen mit uns den Verband verlassen. Kameraden, Genossen! Das darf nicht geschehen. Nach wie vor müßt Ihr mit allen Euch zur Verfügung stehenden Mitteln gegen das verbandsschädigende und die Arbeiterschaft zersplitternde Treiben des Hauptvorstandes ankämpfen. Die Läden, die durch unseren Ausschluß gerissen wurden, müßt Ihr ausfüllen, die Arbeiten, die wir im Interesse der gesamten Bergarbeiterschaft aufnahmen und die uns durch die Maßregelungen des Vorstandes unterbunden werden sollen, müßt Ihr mit verstärkter Kraft fortführen. Auf der Generalversammlung in Gießen muß dem Hauptvorstand Eure Antwort erteilt werden.

Kameraden, werdet nicht fahrlässig! Sorgt für die Einheit des Verbandes. Kämpft für die Revolution und für das Gesamtinteresse des Proletariats im Verband. Wir werden auch, wenn wir zeitweise nicht bei Euch weilen können, mit allen unseren Kräften Euch helfen.

Mit herzlichem Glückauf!

Josef Wagner, Zahlstelle Stoppenberg.

Peter Baum, Zahlstelle Eisen.

Hermann Schroer, Zahlstelle Frohnhausen.

Gustav Tullowicki, Zahlstelle Altenessen I.

Friedrich Wirtelowski, Zahlstelle Schonnebeck II.

SPD.-Betriebsräte als Stützen der Unternehmer.

Seit Oktober befinden sich die Raumburger Metallarbeiter in einer Lohnbewegung mit den dortigen Unternehmern. Die außerordentlich niedrigen Löhne — man zahlt dem bestqualifizierten Arbeiter 4,90 Mark pro Stunde — zwingen die dortigen Metallarbeiter zu der berechtigten Forderung nach Lohnerhöhung. Wie immer kommen die Unternehmer mit der schönen Ausrede, ihre Betriebe seien am Gabe ihrer Kraft. Bei Verhandlungen, die zwischen dem Deutschen Metallarbeiterverband Raumburg und dem Allgemeinen Arbeitgeber-Verband stattfanden, wurde folgender interessanter Schriftwechsel geführt:

„Wir Raumburger Arbeitgeber bezweifeln, daß die Raumburger Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes im Auftrage der Raumburger Arbeiterschaft verhandelt. Uns ist bekannt, daß die Arbeiterschaft der Firma List von den Forderungen nichts weiß. Wir verlangen von dem Deutschen Metallarbeiterverband Vollmacht, ob er überhaupt berechtigt ist, den Schlichtungsausschuß im Auftrage der Raumburger Metallarbeiterschaft anzurufen.“

Der Genosse Wiprecht hat bei einer Verhandlung festgestellt, daß der aus SPD.-Leuten zusammengesetzte Betriebsrat den Unternehmern diese Mitteilung gemacht hat! — So tief also ist diese Gesellschaft gesunken, daß sie offen die Interessen ihrer Kollegen verrät!

Neue Schandtreiche der österreichischen Gewerkschaftsbürokratie.

Vor mehreren Wochen waren 27 kommunistische Arbeiter der Auto- und Waffenfabrik in Steyr auf Veranlassung der sozialdemokratischen Betriebsräte und Gewerkschaftsbeamten auf die Straße gesetzt worden. Der österreichische Metallarbeiterverband hat es bisher noch nicht für nötig gehalten, zu dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen. Jetzt haben die Parteigenossen Wleis und Bauer ihre Werk in Steyr fortgesetzt. Am 19. Februar fand eine Sitzung der Vertrauensleute des Betriebes statt unter dem Vorsitz des Fabrikdirektors Förster. Der Metallarbeitersekretär Strang aus Vins hielt das Referat und stellte dabei folgende Forderungen:

Interferierung der Arbeit durch Eintragung des Arbeitsbuchs;

Entfernung aller produktionshemmenden Elemente;

Einführung von Geldstrafen für Widerstrebende;

Steigerung der Strafen bis zum achtstägigen Ausschluss.

Am die anwesenden Betriebsräte richtete Strang die Mahnung, sie möchten gegen Arbeiter, die zu wenig arbeiten, vorgehen und sie den Vertrauensmännern oder den Betriebsräten zur weiteren „Behandlung“ überweisen. Es ist nicht wunderbar, daß nach dieser Rede der Fabrikdirektor Förster dem Herrn sozialdemokratischen Verbandssekretär seinen „tiefgefühlten Dank“ aussprach und die Anwesenden aufforderte, diese Worte „recht zu beherzigen“.

In dieser schamlosen Weise arbeitet die österreichische Sozialdemokratie, die geistige Mutter der Internationale 2^{1/2}, Hand in Hand mit dem Unternehmertum im Interesse des kapitalistischen Wiederaufbaues und der Verflüchtigung des Proletariats.

Aus der Provinz.

Alle Sendungen an die Bezirksleitung sind an Genossen Ziegler, Breslau I, Nikolaisstraße 49/50, zu richten. Bezirksleitung.

Rothenbach. Am 13. März fand hier eine gut besuchte Zahlstellensammlung des Bergarbeiterverbandes statt. U. a. wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die sich gegen die Arbeitsgemeinschaft aussprach und zum Sturz des kapitalistischen Systems aufforderte. Als Delegiertenkandidat zur Generalversammlung wurde ein Genosse von der SPD. aufgestellt.

Streik in der schlesischen Schotterindustrie.

Die Arbeiter sämtlicher Schotterwerke Schlesiens stehen seit 11. März im Streik, um eine bescheidene Lohnerrhöhung, die bereits seit 7. Mai 1920 gefordert wird und seit dieser Zeit Verhandlungsgegenstand von 9 Terminen bei den Schlichtungsstellen war, zu erkämpfen. Zwei Verhandlungen vor den Demobilisationskommissaren und dem Reichsarbeitsministerium, ungerechnet der ohne Behörden gepflogenen Besprechungen, alles konnte die Arbeitgeber nicht bewegen, die durch außergewöhnlich niedrige Löhne herrschende Notlage der schwerarbeitenden Steinarbeiter durch eine bescheidene Lohnerrhöhung zu mildern. Die angerufenen Behörden verlagten unter den windigsten Begründungen, obwohl selbst von Unparteiischen die bezahlten Löhne als Hungerlöhne bezeichnet wurden. Der einzige Erfolg all dieser friedlichen Maßnahmen war eine Verschleppung der Lohnbewegung um 9 Monate.

Durch Vermittlung des Reichsarbeitsministeriums, das sich zu einer eigenen Entscheidung trotz vielstündiger Verhandlung nicht aufraffen konnte, kam am 17. Februar ein durch beide Parteien frei ernannter Schlichtungsausschuß zustande, der einstimmig, also mit Zustimmung der direkt und indirekt beteiligten Arbeitgeber einen Schiedsspruch fällte, durch den den Arbeitern eine Lohnerrhöhung um pro Stunde 50 Pfennig für alle seit Mai 1920 eingetretenen Teuerungen zugesprochen werden.

Die Arbeiter nahmen trotz aller Bedenken diesen äußerst bescheidenen Schiedsspruch an, anders wiederum die Arbeitgeber, die, obwohl ihre eigenen Vertreter den Schiedsspruch gefallt hatten, und die Leistungsfähigkeit der Unternehmer im Spruch zum Ausdruck brachten, rundweg ablehnten.

Daß als Scharfmacher neben den Privatausbeutern vor allem die Kreisbaumeister der Kreise Trebnitz und Girschberg wie der Provinz Posen und Westpreußen in Betracht kommen, sei den Arbeitervertretern dieser Kreise und Provinzen besonders zur Kenntnis gebracht. Ob diese Herren wohl auch mit einem Stundenlohn von 2,50—2,95 Mk. auszukommen haben.

Die Hungerlöhne, wie sie mit vollem Recht von einem Vorsitzenden eines Schlichtungsausschusses bezeichnet wurden, zwingen die Arbeiter nunmehr, nach mehr wie länglicher Benützung der Schlichtungsstellen und Behörden dem überaus rücksichtslosen Ausbeutertum ebenso rücksichtslos den Kampf anzujagen. Die Verantwortung für den Kampf und dessen Folgen haben die Arbeitgeber und die Behörden, welche letztere ihre ihnen zustehenden Befugnisse nicht zur Anwendung zu bringen getrauten, um einer schwer arbeitenden, ständiger Gefahr ausgelegten Arbeiterschaft ein ganz bescheidenes Existenzminimum zu schaffen. Die Arbeiter wissen die öffentliche Meinung auf ihrer Seite und werden gekämpft auf diese und gezwungen durch äußere Not den Kampf mit allen Mitteln zu führen, bis ein annehmbarer Lohn erkämpft ist. Auch den Kreis- und Provinzbeamten wird dann vielleicht klar werden, daß eine Betriebsführung auch soziale Pflichten auferlegt, und die Arbeiter ebenso wie sie selber Anspruch auf ein Existenzminimum haben.

Arbeiter und Verband wollten eine friedliche Lösung. Die Arbeitgeber wollten den Kampf, sie sollen ihn haben mit allen seinen Folgen, die besonders ein Kampf bringen muß, der aus Verzweiflung und größtem Elend geboren wurde. Kein Arbeiter darf und wird sich finden, der uns in diesem Kampf in den Rücken fällt. Alle in Frage kommenden Ortsausschüsse des allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes werden gebeten, den kämpfenden Steinarbeitern ihre Unterstützung zu gewähren.

Folgende Orte kommen in Betracht: Ostpr., Bergdorf, Langenitz, Bichtenau, Riebelinda, Graiffenberg, Wiese, Rauer a. Br., Goldberg, Hermsdorf Bad, Seiffenau, Ober-Wastegiersdorf, Königswalde, Lunzendorf, Silbitz. Auskunft durch unterzeichnete Streikleitung. Die arbeiterfreundliche Presse wird um Abdruck ersucht.

Zentralverband der Steinarbeiter, Sitz Leipzig.

Gau II. Liegnitz, Danemarschstraße 1.

Lokales.

Breslau, den 17. März 1921.

Kassierer abrechnen!

Die Unterkassierer der Distrikte 3 und 13, 4, 7a, 5, 9a, 10 und 14 haben sofort für Januar, Februar 1921 mit ihren Kassierern abzurechnen. Der Mitgliederstand ist für arbeitende und arbeitslose Mitglieder (männliche und weibliche) besonders anzugeben.

Kassierer der Ortsgruppe Breslau
DAPD.

Zur Lohnbewegung der Brauereiarbeiter Breslaus. In einer Versammlung am Freitag im Bergeller ließen sich die Brauereiarbeiter Bericht geben von den Verhandlungen über den vorläufigen Tarifvertrag. In einer Resolution sprachen die vereinigten Brauereiarbeiter der Verhandlungskommission ihr Vertrauen und ihre Unterstützung über das Verhalten der Arbeiter, die nicht nur keine Lohnherabsetzung, sondern vielmehr eine Verschlechterung der bestehenden Tarifverhältnisse anstreben, aus. Aus geht heute folgende Meldung zu:

Heute morgen wurde die Arbeit in den Brauereien Breslaus nicht wieder aufgenommen. Man hat davon gesprochen, den 11. d. Mts. die vorgeschlagenen Verhandlungen über den neuen tarifvertrag.

Vor kurzem berichteten wir, daß die Brauerei- und Mühlenarbeiter der Provinz mit ihrem Bourgeois im Kampf stehen. Nun rufen auch die Breslauer Unternehmer zur Offensive. Die kann aber nicht abgeschlagen werden durch Resolutionen, in denen man keine Enttäuschung ausdrückt. Mit sentimentalen Gefühlen kann die Arbeiterchaft die Gewalt der Ausbeuter nicht gewärtigen. Es ist notwendig, daß die Mitglieder des Brauerei- und Mühlenarbeiterverbandes ihre Ortsverwaltung beauftragen, wirksame Gegenmaßnahmen zu treffen. Dazu ist notwendig, daß alle verwandten Berufsgruppen den Kampf der Brauereiarbeiter als den ihren betrachten. Ein Teilstreik gegen die zusammengeballte Macht der Unternehmer ist im voraus zum Misserfolg verurteilt. Der ergebnislose Kampf der Konfektionsarbeiter muß allen Arbeitern eine Lehre sein. Die geschlossene Front des Kapitals ist nur durch die geschlossene Front des Proletariats im Klassenkampf zu zerbrechen.

Streik im Fleischerhandwerk. Die Breslauer Fleischerhandwerker haben sich nicht bereit erklärt, die bisher auf dem Schlachthofe beschäftigten Schlachtmacher und Gejellen in der Weise wie bisher weiter zu beschäftigen. Circa 40-50 verheiratete Leute wollen nun drohen, welche jahrelang auf dem Schlachthofe beschäftigt waren. Ebenso wie man den Tarifvertrag für die Ledergesellen gekündigt und verweigert die Verhandlungen in der Absicht, keinen Tarifvertrag mit den Gejellen zu tätigen.

Nachdem alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft waren, nahm am 15. d. Mts. eine sehr zahlreich besuchte Fleischergejellen-Versammlung Stellung zu dieser Angelegenheit und es wurde gegen 6 Stimmen beschlossen, in einem allgemeinen Streik zu treten.

Nachwehen zum Konfektionsarbeiterstreik. Zum Abschluß des Lohnkampfes in der Konfektion nahm am Montag, den 14. März, eine sehr zahlreich besuchte Versammlung der Zuschneider und Zuschneiderinnen Stellung und beschloß einstimmig nachstehende Resolution:

Die Zuschneider und Zuschneiderinnen in der Herrenkonfektion sind mit dem Abschluß ihres Lohnkampfes nicht einverstanden. Sie erkennen wohl an, daß den Arbeitgebern in der Herrenkonfektion eine geeignete Arbeitnehmerchaft entgegengestellt werden muß, damit die Lohn- und Arbeitsverhältnisse nach einheitlichen Richtlinien für die gesamte Arbeitnehmerchaft geregelt werden können. Dieses darf aber nicht auf Kosten der Zuschneider geschehen. Bei der jetzigen Führung des Lohnkampfes durch die Zentralleitung muß derselben ein unbedingtes Misstrauenbrot ausgestellt werden. Ohne die Ortsvereinigungen zu informieren und zusammenzurufen, hat man sich einseitig über die Interessen aller Streikenden hinweggesetzt und einer Vereinbarung zugestimmt, welche in der gewerkschaftlichen Bewegung wohl einzig dasteht. Es heißt es unter

§ 1 des Vertrages, daß die Verhandlungen sofort beginnen sollen. Am 4. März wurde seitens der Parteien unterzeichnet, am 16. März haben aber noch keine Verhandlungen stattgefunden, hieraus ergibt sich klar und eindeutig, daß selbst die getroffenen Vereinbarungen nicht innegehalten werden. Die Zentralleitung in Berlin scheint jedoch nicht davon überzeugt zu sein, sonst hätte sie schon lange Mittel und Wege finden müssen. Die Zuschneider und Zuschneiderinnen von Breslau erwarten deshalb in Zukunft von der Zentralleitung, die Kampfe mehr im Sinne seiner Mitglieder zu führen und derartig diktatorische Maßnahmen, wie sie bei Abschluß des Streiks getroffen worden sind, unterläßt. Weiter verlangen die Zuschneider von der Zentralleitung die sofortige Aufnahme von Verhandlungen unter Berücksichtigung der gestellten Forderungen und unter Hinzuziehung der Vertreter der Zuschneider.

Wie sie bescheln, wie sie fräucheln. In der „Volkswacht“ vom 16. März d. J. wird von einem „persönlichen Freund“ unseres Genossen Schottlaender über die von der DAPD veranstaltete Trauerfeier in der schmutzigen Form herangezogen. Solange wie Genosse Schottlaender noch unter uns war, wurde er von den Antikulis der „Volkswacht“ mit Schmutz überhäufelt, man bedachte ihn mit allen erdenklichen Kosenamen. Heute jedoch feiern diese „Freunde“ den Toten als Idealisten. Über dieser „Freund“ hat nur Schulle gemacht; zu Zeiten des Genossen Karl Viehnecht forderte der „Vorwärts“ seine Ansjählmachung; als sich jedoch der Mörder fand, entrißte sich derselbe „Vorwärts“ und sprach von den ehrlichen Absichten dieses irreführenden Idealisten. Es ist das alte Lied. Solange ein Mensch lebt, bedauert man ihn und seine Ideen mit den schmutzigsten Mitteln, fällt er jedoch im Kampfe für seine Ideen, so glaubt man ihm „die größte Achtung“ nicht verjagen zu können, oder wirft sich gar zum Verteidiger seiner wirklichen Absichten auf. Schmutzige Gesellschaft!

Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband. In der am Freitag im Bismarckhaus stattgefundenen Versammlung bewies Herr Staud, einer der Führer des DNV in überzeugender Weise, daß nicht der Zentralverband, sondern der DNV die echte und rechte gelbe Gewerkschaft sei, daß er es am besten verstehe, die Interessen der Unternehmer zu vertreten, daß der DNV das bleiben wolle, was er immer war, der Feind und der Konterrevolution. Die Rede dieses Judas war von Anfang bis zu Ende eine scharfe Kampfanzeige gegen die Arbeiterchaft und ihre politischen und wirtschaftlichen Organisationen. Für diese Leute ist die große wirtschaftliche Not der Arbeiter und Angestellten nicht vorhanden, sie wollen nichts wissen von der gerade im Handelsgewerbe bestehenden Hungerlöhne. Entschieden lehnte der Redner den Klassenkampf ab: „die Angestellten wollen sich ihre Arbeitsfreudigkeit nicht nehmen lassen usw.“ Der Handlungsgehilfe sei kein Proletarier, „zwischen einer Angestellten in einem Bürogang und einem Ingenieur bestehen eben Unterschiede“. In diesem Stil ging es fort. Statt Sozialismus Gewinnbeteiligung, Ansehens dieser echten Deutschnationalen Wahlrede wirkte sein Verleumdung zur politischen Neutralität wie ein Hohn. Der Redner kritisierte scharf das Verhalten der freien Gewerkschaften beim Kampfwort. Der DNV, der, wie Kollege Kremer bemerkt, Zeitfreiwille stellt und seine Mitglieder zur höchsten Aktivität für die Kampferhebung aufforderte, sei das Muster einer politisch neutralen Organisation gewesen.

Wir wissen, daß heute innerhalb der Arbeiterbewegung die gelben Gewerkschaften erliegen sind, nur unter den Angestellten hat diese Richtung noch einen starken Anhang. Das Tempo der kapitalistischen Entwicklung, mit Naturnotwendigkeit den Untergang des Kleinbetriebes herbeiführend, ging im Handelsgewerbe nicht so rasch, wie in der Industrie. Die Stellung des Angestellten war eine vorübergehende, er hatte noch Aussicht, selber einmal Chef zu werden. Die Folge davon war, daß es bei den Angestellten nur Harmonieverbände gab, die die gemeinsamen Interessen der Chefs und Angestellten predigten. Im reaktionärsten denahm sich der DNV, der Streiks und Boykotte als „unmoralisch“ ablehnte. Seine Arbeit bestand als Filiale der preußischen Jurdenpartei in pharisäischen antihumanitären Schimpereien und propagieren konfessioneller Ideen. Heute sind die Verhältnisse gerade unter den Angestellten total verändert. Die Angestellten sind heute schlechter entlohnt als die übrige Arbeiterchaft. Er ist nicht vorübergehend, sondern dauernd Angefallener. Die Proletarisierung der Angestellten ist nicht ohne Einfluß auf ihre Einstellung geblieben. Von 10000 Mitgliedern ist der Zentral-Verband auf 350000 emporgeschwellt.

Der Ausgang der am Sonntag stattgefundenen Kaufmannsgerichtswahlen zeigt ein starkes Ausschneiden der Stimmkraft, die für die freie Gewerkschaft abgegeben worden sind. Diefelbe erhielt 1920 Stimmen gegen 194 im Jahre 1913. Leider hat der DNV noch 957 gegen 642 im Jahre 1918 bekommen. Verloren hat nur der demokratisch orientierte Gewerkschaftsbund der Angestellten, der 738 gegen 777 erhielt. Wir schätzen im allgemeinen Wahlen nicht hoch ein, aber wie merkt diese Wahl als ein Symptom der beginnenden Einsicht der Angestellten, daß ihre Interessen mit denen der übrigen Arbeiterchaft identisch sind. Die Angestellten, die heute noch den bürgerlichen Verbänden anhängen, entstammen Arbeiterkreisen. Der DNV mobilisiert heute vollständig die Stimmkraft gegen die Arbeiter. Pflicht eines jeden ehrlichen Arbeiters ist es, auf diesen Orgeschwerband ein wachsameres Auge zu haben und alle Bekannten über den Charakter dieser „Organisation“ aufzuklären.

Birkus Hagenbeck. Lorenz Hagenbeck, einer der Söhne des Stettinger Tierparkgründers, ist zu einem kurzen Gastspiel im Birkus Busch-Gebäude eingetroffen. Der Name Hagenbeck verbürgt eine gute Darbietung und die Schaulustigen kamen auf ihre Rechnung. Besonders hervorzuheben ist der von Direktor Orlando vorgeführte 18er Zug. In dem beiden Schreitern Riesenbach hat der Birkus Hagenbeck gute Arbeit gemessen. Natürlich fehlen nicht die üblichen Spasmacher, die eine Pamletparodie zum Verweise ihres Schwärmens benutzten. Den Schluß bildete ein sechsaktiges Managenkunststück „der Sklavenhändler“.

Versammlungskalender.

- Kommunistische Jugend. Gruppe Zentrum. Schule Minorienhof an der Schwesdnitzer Straße. Donnerstag, den 17. März, abends 7 1/2 Uhr, Vortrag: „Die Aufgaben der Arbeit in der kommunistischen Jugend“. Freitag, den 18. März, abends 8 Uhr, treffen sich sämtliche Mitglieder im Jugendbüro, Mikolajstraße 49/50.
 - Distrikt 3a. Donnerstag abend 7 1/2 Uhr, Distriktsversammlung bei Bösche, Kleinschloßstr. 11. Tagesordnung: Wahlen, Referat und Beschlußbescheid.
 - Distrikt 4. Freitag abend 7 Uhr, Gellhornstraße 21 bei Schmidt, Versammlung. Referat anwesend.
 - Distrikt 5. Donnerstag abend 7 1/2 Uhr, Distriktsversammlung, Klosterstraße 146. Referat ist anwesend.
 - Distrikt 5a. Donnerstag abend 7 1/2 Uhr, Distriktsversammlung Weidenbamm 1. Referat: Die Diktatur des Proletariats. Referent: Genosse Rumewoo.
 - Distrikt 6. Freitag abend 7 1/2 Uhr bei Schmidt, Subenstraße 50, Distriktsabend. Referat: Ausbau unserer Parteiorganisation.
 - Distrikt 7a. Freitag abend 7 1/2 Uhr, Gräblichener Straße 259, Distriktsversammlung. Wahlen und Referat.
 - Distrikt 10. Freitag abend 7 1/2 Uhr, Böhmerstraße 31, Distriktsabend.
 - Distrikt 12. Donnerstag abend 7 Uhr, Distriktsversammlung im Restaurant „Stadt und Festung Silberberg“, Steinaustrage. Genosse Singermann spricht über: „Die Vorgeschichte der großen französischen Revolution.“
 - Distrikt 14. Donnerstag abend 7 1/2 Uhr, Distriktsversammlung, bei Schmidt, Weinstraße 22. Referat anwesend.
- Unterbezirk Siegnitz. Konferenz aller Ortsgruppen der Kreise Siegnitz, Hagnan, Neusalz am Sonntag, den 20. März, vorm. 1/10 Uhr im „Reichspräsident“ Siegnitz. Dazu haben alle Ortsgruppen unbedingt Delegierte zu entsenden.
- Ortsgruppe Waldenburg. Fraktionsführung der Metallarbeiter. Donnerstag, den 17. März, abends 6 1/2 Uhr, in der „Stadt-Brauerei“. Erscheinen aller Fraktionsmitglieder ist Pflicht. Freitag, den 18. März, abends 7 Uhr, Diskutierabend in der „Stadt-Brauerei“. Die Genossen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.
- Ortsgruppe Nieder-Hermsdorf. Donnerstag, den 17. März, abends 7 Uhr, Diskutierabend in der „Hopsenbühne“.

Herausgeber: „Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H.“
Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Kurt Reuber,
für Inserate: Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H.
Druck: Buchdruckerei Hüffel & Danigell, sämtlich in Breslau.

Stadttheater.
Donnerstag 7 Uhr:
Orpheus in der Höll.
Freitag 7 Uhr:
Serenade.
Sonnabend:
Lanzknecht.

Operntheater.
Freitag 7 1/2 Uhr:
Die Fahrt ins Blaue.

Chalix-Theater.
Freitag 7 1/2 Uhr:
Schülerabend.

Schauspielhaus.
Operntheater. II. 9. 2545
Freitag 7 1/2 Uhr:
Die blaue Blase.
Freitag 7 1/2 Uhr:
Ihre Hoheit
die Tänzerin.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Der tolle Bauer.
Freitag 7 1/2 Uhr:
Die Falschasse.

Liech-Theater
Freitag 7 1/2 Uhr:
Der große Erfolg des
Katz-Programms.

Renovierung
meines Gebäudes
verf. ist Kasper, Entwurf
gef. S. S. zu den höchsten
Angeboten. Alles was
Gef. und Beschreibung.
Hermann Paritzke,
Mikolajstraße 43.

Circus Hagenbeck

Carl Hagenbeck
im Circus Busch-Gebäude
Monte 7 1/2 Uhr
Das Riesens-

Circus-Programm

Zur Schluss: Der
Sklavenhändler
Jeden Mittwoch und Sonntag nachm. 3 Uhr
Große Familienvorstellung
Kinder zahlen nachm. halbe Preise.
VORVERKAUF:
Bresch und Circusbüro täglich 10-1
und ab 4 Uhr.
Tel. Ring 2824

Altmetalle

Regel ausbleibt
oder sticht, seien Sie ohne Sorge
Mein Lebenslauf bringt Ihnen
einzig und allein nur einen
Sieg: den Sieg über all andere
welche den Schwanz
kein Schwanz
wird. Frauen, alle, welche
welche sich dem
bitten, schenken Ihnen
Wirkung
selbst in hartnäckig, verweilt
bei hartnäckig. Pfl. (Gesamt)
Garantie für
sonst Geld zurück. Teilen
Sicher ist, wie lange Sie zu
haben. Dieser Vertrag
Frau E. Wollenweber,
Hamburg (Ecke 246)
Mikolajstraße 11.
Ich über- viele
bestehen nicht!
bestehen den Erfolg.

Alt-Metalle

Regel ausbleibt
oder sticht, seien Sie ohne Sorge
Mein Lebenslauf bringt Ihnen
einzig und allein nur einen
Sieg: den Sieg über all andere
welche den Schwanz
kein Schwanz
wird. Frauen, alle, welche
welche sich dem
bitten, schenken Ihnen
Wirkung
selbst in hartnäckig, verweilt
bei hartnäckig. Pfl. (Gesamt)
Garantie für
sonst Geld zurück. Teilen
Sicher ist, wie lange Sie zu
haben. Dieser Vertrag
Frau E. Wollenweber,
Hamburg (Ecke 246)
Mikolajstraße 11.
Ich über- viele
bestehen nicht!
bestehen den Erfolg.

Die junge Garde

Kampforagan der Komm. Jugend Deutschlands.
Erscheint am 1. und 15. jeden Monats,
12 Seiten stark,
zum Preise von 0,50 Mark.
Zu beziehen durch jede Postanstalt
sowie die Funktionäre
der Kommunistischen Jugend.
Am 1. März ist erschienen: Nr. 17.
Aus dem Inhalt: Junger Arbeiter,
Du sollst mit Deinem Schweiß und
Blut die Kapitalistenklasse vor dem
Untergang retten! — Der Kapitalismus.
— Aus den Tagen der
Markgenossenschaft. — Peter Kropotkin,
ein Revolutionär (mit Bildnis). — Der
Schulklub im Simonkloster. — Das
Schulprogramm der Metallarbeiter-Jugend.
— Von der bürgerlichen Jugend. — Unser
Gruppenleben. — Hinweg zu unseren
Brüdern aufs Land! — Bezirkskonferenzen.

Das freie Land

Kommunistischer Kampfbüchlein für 1921.
Preis 4 BRT.
„Gleich ein Kalender, der wohlwollend
auf den bürgerlichen Klassenkampf
aufmerksam ist, ist ein Kalender, der
mit Bildern, welche die heutige Zeit
ausdrücken, ausgestattet ist. Jeder
Arbeiter, jeder Proletarier sollte
den Kalender besitzen.“
Kommunistische Bücherei
(B. Seite) Breslau 5, Gräblichener Straße 45.

Zum 50. Jahrestag der Pariser Kommune

18. März 1871. — 18. März 1921.
Karl Marx,
Der Bürgerkrieg in Frankreich.
Preis Mk. 2.50.
H. Farwig,
Die Pariser Kommune.
Kommunistische Bücherei
Breslau 5, Gräblichener Straße 45.

Empfehlenswerte Bücher:

- Bucharin und E. Preobraschensky, Das ABC des Kommunismus. 2 Bde. brosch. jeder Band 4,— Mk.
- Dr. Eugen Varga, Die wirtschaftlichen Probleme der proletarischen Diktatur 12,—
- L. Trotzky, Terrorismus und Kommunismus. Antikautsky 6,—
- Heinrich Brandler, Die Aktion gegen d. Kapp-Putsch in Weisbaden 4,—
- Rosa Luxemburg, Die Krise der Sozialdemokratie. (Juniusbrochüre) 2,—

Zu beziehen durch:
Kommunistische Bücherei
Breslau 5, Gräblichener Straße Nr. 45.